

Zur Frage der Fischversorgung Wiens. In der heutigen Stadtratssitzung erstattete StR. Dechant einen Bericht über die Versorgung von Wien mit Fischen, in welchem er ausführte: Schon in Friedenszeiten liess die Fischfleischversorgung Wiens sehr viel zu wünschen übrig. Im Verlaufe der Kriegsjahre hat sich dieselbe derart verschlechtert, dass schliesslich von einem Fleischmarkte kaum mehr gesprochen werden konnte. Durch die bekannten politischen Ereignisse der allerletzten Zeit wurde die gänzliche Absperrung Deutsch-Oesterreichs und insbesondere Wiens auch von der Fischproduktion bewirkt und es trat unsere Abhängigkeit vom Auslande auch in dieser Hinsicht mit erschreckender Deutlichkeit zutage. Die Gemeinde Wien muss daher auch auf diesem Gebiete zur Selbsthilfe greifen und trachten, durch Zucht die Fischproduktion in Deutsch-Oesterreich und zwar vor allem in- und um Wien zu heben. Gelegentlich hierzu ist im reicheren Masse vorhanden, als dies der Laie ahnt, da ja brachliegende Wässer, viele saure Wiesen, abgebaute Flussbette etc., fast ausnahmslos auf diese Weise in den Approvisionierungsdienst der Millionenstadt gestellt werden könnten. In diesem Sinne hat schon mit Gemeinderatsbeschluss vom 4. Mai 1917 die Gemeinde Wien in Albern Fischzuchtteiche angelegt, die nunmehr der Vollendung entgegengehen und schon im kommenden Frühjahr in Betrieb gesetzt werden können. Solche oder ähnliche Anlagen müssten aber in grösserer Zahl ins Leben gerufen werden, wenn von einer merklichen Hilfe auf dem Gebiete der Fischfleischversorgung gesprochen werden soll.

Der Referent beantragt schliesslich, das Landwirtschaftsamt zu beauftragen: Wegen eventueller Vergrösserung der Alburner-Fischzuchtanlage aber zu berichten. Ehemöglichst sämtliche Park- und Stauteiche der Gemeinde Wien zur Fischzucht heranzuziehen. Wegen Ueberlassung der Schlossteiche in den ehemaligen kaiserlichen Schlössern in und um Wien zu gleichen Zwecken mit den zuständigen Stellen in Verhandlung zu treten. Mit der Wientalwasserleitung in Unter-Tullnerbach behufs Pachtung des Stauweihers der Sandfilteranlagen etc. zwecks Anlage einer Fischzucht Verhandlungen einzuleiten. Sich bei den hierzu nötigen Vorarbeiten und der Aufstellung einer Rentabilitätsberechnung des städtischen Ingenieurs Daniel Doppelreiter zu bedienen. - Die Referentenanträge werden genehmigt.

Gemeinderat Dr. von Dorn +. Die Ueberführung der Leiche des Gemeinderates Dr. von Dorn nach Reichenberg zur Einäscherung im dortigen Krematorium findet Samstag  $\frac{1}{2}$  3 Uhr vom Trauerhause Währingerstrasse Nr. 16 statt. Der Leichenzug wird am Rathaus vorbeigeführt und die Trauergäste geben ihm bis dahin das Geleite. Wegen der beschränkten Raumverhältnisse müssen im Trauerhause Ansprachen unterbleiben. Für den Verstorbenen wird vom Parteiverband der Gemeinde eine besondere Trauerfeier veranstaltet, deren Zeitpunkt noch bekanntgegeben wird.

Die Statutenänderung des Stadttheatervereins. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Kieaböck über das Ansuchen des Kaiser Jubiläums-Stadttheatervereins um Zustimmung zur Aenderung der Satzungen. Die Gemeinde habe besonderes Interesse an dem im § 2 vorgenommenen Aenderungen, insofern, als nunmehr durch die Aufnahme der Bestimmung, dass in erster Linie die Oper, das volkstümliche Singspiel, die deutsche Spieloper und das musikalische Drama überhaupt, gepflogen werden müsse, der Uebergang von der Schauspielbühne zur Operabühne auch in den Vereinsatzungen zum Ausdruck kommt. Nicht aufgenommen in den Satzungen wurde aber ebenfalls die in den Pachtbedingungen enthaltene Bestimmung, dass zur Aufführung jeder Operette vorher die Zustimmung des Vereinsausschusses einzuholen ist und gewöhnlichen Operetten die Bühne dieses Theaters unbedingt verschlossen bleibt. Der Berichterstatter bemerkt, dass die ausdrückliche Forderung dieser Einschränkung notwendig sei, damit vor allem klar und unzweideutig festgelegt erscheine, dass die alte Widmung des Theaters auch weiterhin aufrecht bleibt und dann auch Szeitigkeiten vorgebeugt werde, welche durch die sich nicht deckende Fassung der allgemeinen Pachtbedingungen und der Satzungen leicht entstehen könnten.

Der Referent beantragt, dass zur Aufführung jeder Operette die Zustimmung des Vereinsausschusses vorher einzuholen sei und dass insbesondere gewöhnliche Operetten von der Aufführung unbedingt ausgeschlossen sein müssen. *Nicht zu Kenntnis genommen.*  
VB. Reumann bemerkt, man solle sich mit der einfachen Kenntnissnahme nicht zufriedengeben, sondern er wüschte die Festlegung einer Bestimmung im Pachtvertrage, dass die Volksoper dem ursprünglich festgelegten Zwecke vorbehalten bleibe.

StR. Emmerling spricht sich für diesen Antrag aus und wünscht insbesondere, dass gegen die Aufführung von solchen Operetten Stellung genommen werde. Er wünscht bei einer Statutenänderung auch die Abänderung des Titels „Kaiser Jubiläums Stadttheater“.

StR. Tomola bemerkt, dass der Vereinsausschuss sicher niemals die Zustimmung geben werde, Operetten aufzuführen. Unter dem Namen Operetten werden jedoch auch gewisse Spieloperen verstanden, welche einen hohen musikalischen Wert haben und die Aufführung solcher Operetten müsse wohl gestattet werden. Uebrigens behalte sich der Vereinsausschuss welcher sich nur vom künstlerischen und nicht vom finanziellen Motiven leiten lasse, die jedessmalige Zustimmung vor.

StR. Dr. Hein spricht sich für den Antrag Reumann aus. Der Referentantrag wird angenommen. VB. Reumann akkommodiert sich demselben.

Erste Oesterreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate wurden bei der Ersten Oesterreichischen Spar-Kasse im Spar- und Scheckverkehre von 27.900 Parteien K 33,909.125 eingelegt, an 16,698 Parteien K 25,529,241 rückgezahlt und belief sich der Gesamteinlagenstand Ende des Monats nach Zuschreibung der halbjährigen Zinsen auf K 778,535.838. Hypothekendarlehen wurden K 370,512 zugezählt, dagegen K 1,239.592 rückgezahlt und stellte sich der Stand der Hypothekendarlehen auf K 316,580.433. Die Pfandbrief

Darlehen beliefen sich am 31. v. M. auf K 17,895.277 und waren an 60 jährigen Pfandbriefen im Umlaufe K 18,305.400. Wechsel wurden K 5,745.308 eskomptiert, dagegen K 12,609.576 einkassiert und Kassenscheine der Oesterr. ung. Bank K 22,600.000 angekauft, dagegen K 11,600.000 einkassiert; der Besitz an Wechsel und Kassenscheinen der Oesterr. ung. Bank betrug am 31. v. M. K 92,139.353.

Die Schweizer Hilfsmission im Rathause. Den Herren der Schweizer Hilfsmission wurde für die Zeit ihrer Anwesenheit in Wien vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein Kommissionszimmer des Präsidialtraktes als Büro zur Verfügung gestellt. In diesem amtiert nun Oberst Frey mit seinem Begleitoffizier Oberleutnant Dr. Ernst Schmid und seinem Unteroffizier, um von hier aus die Bewachung und Einlagerung der Schweizer Lebensmittelsendungen zu leiten. Die Tätigkeit der Mission in Wien ist vorläufig auf 14 Tage bis 3 Wochen in Aussicht genommen.

Dienstjubiläum. Der Verwalter des Zentralfriedhofes Anton Frank feierte gestern (1. Jänner) sein 25. jähriges Dienstjubiläum. Der Jubilar steht dem Friedhofsdienst auf dem Zentralfriedhofe in mustergiltiger Weise vor und hat auch die grossen Schwierigkeiten, die sich dem Beerdigungsdienst in letzter Zeit entgegenstellten, klaglos bewältigt. Die Beamtenschaft beglückwünschte den beliebten Vorstand in herzlicher Weisg.

Konstituierung der Wiener Baustoffe A.G. Am 31. Dezember fand im Rathause die Konstituierung der Wiener Baustoffe A.G. statt. Diese Gesellschaft wurde als gemischtwirtschaftliche Unternehmung von der Gemeinde Wien gemeinsam mit der Imbbilliarbank und der Donau Regulierungs-Kommission errichtet; sie bezweckt die Versorgung Wiens mit Donausand und anderen notwendigen Baustoffen.

Aus dem Gemeinderate. Der Stadtrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit zwei Anträgen, die im Gemeinderate in seiner letzten Sitzung gestellt worden waren. Der eine bezieht sich auf die Genossenschaftlichen Fachschulen, der andere auf die Weihnachtsteilnahmen. Der Stadtrat hat nun nach einem Berichte des StR. Tomola den Anträgen zugestimmt. Die Anträge lauten:

Anlässlich der Auszahlung der diesjährigen Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen sind diese zu verständigen, dass sie mit der Bewilligung einer weiteren Subvention seitens der Gemeinde Wien pro 1919 nur dann rechnen können, wenn ab Herbst 1919 der Unterricht nur an Wochentagen stattfindet und spätestens um 6 Uhr abends endet, oder - insofern die derzeitigen ausserordentlichen Verhältnisse bestehen - wenn sie nachweisen, dass ihnen trotz ihrer Bemühungen die Erfüllung dieser Bedingung nicht möglich war.

Anlässlich der Verständigung über die für 1918 zur Veranstaltung von Weihnachtsteilnahmen bewilligten Subventionen sind die betreffenden Vereine in Kenntnis zu setzen, dass im Gemeinderate der Wunsch ausgesprochen wurde, die Teilnahmen sollen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und in einer Art vorgenommen werden, welche die Kinder die Gaben nicht als Almosen empfinden lässt.

Die Zählnot im Theater. In der heutigen Sitzung des Stadtrates teilte Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, dass er zu seiner Ueberraschung gelassen habe, dass den Theaterdirektoren das Spielen am 5. und 6. d. M. von der Polizeidirektion, bzw. vom Staatsamte verboten wurde, obwohl der Stadtrat sich befürwortend ausgesprochen hatte. Er beantragte, es möge in kürzester Zeit, wömglich morgen eine Besprechung aller Interessierten Kreise beim Staatsamte für öffentliche Arbeiten stattfinden, in welcher eine Einigung auf bestimmte Richtlinien getroffen werden solle.

Aus Mitteilungen des Obermagistrates Dr. Müller welcher der Beratung beigezogen war, geht hervor, dass der Direktor der El. Werke Karel sich mit der Absicht trage, infolge der höchst ungünstigen Zufuhren an Kohle in kürzester Zeit mit der Einstellung des Strassenbahnverkehrs und mit der Abschaltung der Industrie vorzugehen. Es entwickelte sich eine längere Debatte, an welcher sich fast sämtliche Mitglieder des Stadtrates beteiligten. Der Vorsitzende VB. Reumann teilte unter anderem mit, dass die Theaterdirektoren die Forderung erheben, an vier Tagen der Woche und zwar Mittwoch, Donnerstag, Samstag und Sonntag spielen zu können, wenn sie ihren Verpflichtungen gegenüber dem Personale nachkommen sollen. Es sei vorläufig, erklärte Obermagistraterat Dr. Müller, wohl das Verbot des Spielens am 5. und 6. erlassen, eine weitergehende Sperre sei vorläufig nicht geplant. In der Debatte wurde ferner verlangt, dass die Kaffeehäuser am Abend um eine Stunde früher sperren, wodurch dann genügend Strom vorrätig wäre. Auch wurden noch andere Drosselungsvorschläge gemacht, so insbesondere die Einstellung des Betriebes von Personalektromobilen, die Drosselung der Strassenbeleuchtung, namentlich in der inneren Stadt, die Drosselung der Stiegenbeleuchtung. In der Debatte wurde noch besonders betont, dass die Gemeinde auf das Verbot des Spielens am 5. und 6. ebensowenig Einfluss genommen habe, wie auf das Offenhalten der Gast- und Kaffeehäuser in der Sylvesternacht bis ein Uhr nachts. Es wurde auch die Anregung gegeben, es wäre ein Lichtinspektorat zu errichten, um eine genaue Kontrolle zu erhalten. Es wurde auch der Meinung Ausdruck gegeben, dass Vertreter der Stadt Wien sich nach Prag begeben, um dort persönlich Vorsprache beim Präsidenten Masarik wegen der Kohlenzufuhren zu pflegen. Der Vorsitzende erwiderte darauf, dass ohnehin Vertreter der Gemeinde Wien sich in Prag befinden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Bürgermeisters bezüglich der Beziehung beim Staatsamte einstimmig angenommen. VB. Rain wurde ersucht, mit der Vorstehung der Kaffeesiedergemeinschaft Verhandlungen zu pflegen.